

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Paul Haase
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Wir haben nichts mehr zu verlieren

Der von der grauenhaften Krise umkrallte Mensch hat nichts mehr zu verlieren. Fragt den Arbeitslosen, der nun schon zwei bis drei Jahre seine Familie bei Hungerpfennigen durchschleppen muß, was er eigentlich noch zu verlieren hat. Familienglück, Häuslichkeit, Arbeitsfreude, alles ist längst dahin. Jeglicher Genuß ist für ihn verpönt und von aller Kultur ist er hermetisch abgeschlossen. So lebt er verbittert, scheu und zurückgezogen. Die Gesellschaft scheint ihn ausgeschlossen zu haben.

Oder verlangt jemand von dem ein Hosianna, der verelendet und mutlos den harten Gang zur Krise und Wohlfahrt gehen muß? Der ein Bittender wird, damit er die wenigen Mittel erhält, um vor dem Verhungern geschützt zu sein? In welcher Seelenverfassung lebt er, wenn ihm gedroht wird, das Heim zu nehmen, damit der Hausherr zu seinem verbrieften Rechte kommt.

Was hat jener Familienvater zu verlieren, der sich scheut, seine Kinder an die Hand zu nehmen, um ihnen die Weihnachtsauslagen zu zeigen. Er kann seinen Kindern nicht die geringste Weihnachtsfreude bereiten. Darum will er nicht erst ihr Verlangen wecken, weil er die Enttäuschung und den Schmerz des Entsagens fürchtet.

Verlangt ihr noch jugendliche Begeisterung und Überschwang von denen, die nach beendeter Lehrzeit noch nie werbeschaffende und gewinnbringende Arbeit ausführen konnten, die nicht teilhaben am Leben, weil ihnen die geringen Mittel zum Leben nach einer peinlichen Bedürftigkeitsprüfung zugemessen und letzten Endes der Familie abgezwaht werden. Ihre Jugend vergeht und sie reifen in Unfreiheit und Abhängigkeit. Sie haben keine Pläne für die Zukunft mehr, denn sie sind durch das Elendsdasein der Gleichgültigkeit ausgeliefert.

Auch die 30jährige Arbeiterin, deren Lebensglück der Krieg vernichtet, die schon lange erwerbslos ist, mütterseelenallein in der Welt steht, die nur auf eine wöchentliche Wohlfahrtsunterstützung von 3,50 M angewiesen ist; sie hat bestimmt nichts mehr zu verlieren. Von ihrer Unterstützung vermag sie nicht einmal die Zimmermiete zu begleichen und im sonstigen ist sie dem Hunger und dem Elend überantwortet.

All diese Menschen haben wahrhaftig nichts mehr zu verlieren.

Der Notleidende richtet seinen Blick vorerst auf das unbedingt zum Leben Erforderliche; auf das Materielle. Der Blick für das Ideelle, für eine bessere Zukunft, ist getrübt. Das bringt uns in der Jetztzeit in Konflikte.

Im „Kommunistischen Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels steht das große Wort: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber sie haben eine Welt zu gewinnen! Wirtschaftlich hat der Arbeiter in der Jetztzeit nichts zu verlieren. Hat er aber nichts als Ketten zu verlieren? Diese Frage liegt heute nicht mehr so einfach. Als Marx dieses Wort aussprach, lebte der Arbeiter noch in vollendeter Abhängigkeit und Unterdrückung. Ihm war es verboten, sich zur Wahrung seiner Interessen in Verbänden zu organisieren. Von der Gleichberechtigung im Staat war er vollständig ausgeschlossen. Die Gesetzgebung lag in den Händen des Adels und des Besitzes; Gesetze wurden nur gegen den Arbeiter gemacht. Der Lohn unterlag der vollständigen Willkür des Unternehmertums. Freizeit und Ferien waren unbekannte Begriffe. Arbeitsschutz für Kinder, Jugendliche und Frauen war genau so unbekannt. Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Sozialgesetzgebung, an solche Dinge warnte der damalige Lohnarbeiter nicht zu denken. Überall galt der Grundsatz: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Die Schicht der Arbeitenden war nur dazu da, daß sie für den Besitz Werte schaffte und von einer erkorrenen Herrschicht regiert wurde. Wie die Lage der Arbeiter zu damaliger Zeit war, ist ja heute genügend bekannt. Das waren Ketten, die der Arbeiter zu verlieren hatte.

Inzwischen ist manches anders geworden. Ein 60jähriger Kampf der organisierten Arbeiterklasse hat manche Kette durchbrochen. Wir haben Lohn- und Arbeitsschutz und haben Freizeit, haben gleiches Recht und haben eine soziale Gesetzgebung. Seit den Novembertagen 1918 haben wir wirtschaftliche und politische Freiheit, eine Verfassung, die den Aufstieg der Arbeiterklasse ermöglicht. Der politische Sieg ist nicht durch einen wirtschaftlichen Sieg ergänzt worden. Darum ist es heute so unendlich schwer, politische Errungenschaften zu verteidigen. Die Republik hat versagt! Das ist das Feldschrei, mit dem das politische Verleumdertum, das heute in Hochkonjunktur lebt, auf die notleidende Menschheit losgelassen wird. Die Not der Massen ist unendlich groß. Das Massenelend war in der Kriegszeit ungleich größer, aber es schien doch vielen entschuldbar, eben — weil es Krieg war. In der heutigen wirtschaftlichen Not, die unzweifelhaft eine Folge des Krieges ist und die durch die Weltkrise des Kapitalismus ungemein erschwert wird, werden die Ursachen des Jammers nicht mehr in dem Widerspruch, in dem Chaos der kapitalistischen Gesellschaft, ihrer Produktion und Warenverteilung gesehen, sondern nur in der Verfassung der deutschen Republik und dem bescheidenen Anteil, den die klassenbewußte sozialistische Arbeiterschaft an

der Führung dieses Staates hat. Die Gesellschaftsform wird wissentlich mit der Staatsverfassung verwechselt. Die Verfassung ist das Gefäß, die Gesellschaftsordnung der Inhalt. Die sozialistische Arbeiterbewegung, die sich politische und wirtschaftliche Freiheiten im Staate erkämpft hat, will sich das Gefäß erhalten und strebt unter allen Umständen, den Inhalt zu ändern.

Wirtschaftlich hat der Arbeiter nichts mehr zu verlieren, politisch riskiert er aber, daß er sich wieder Ketten auf den Hals ladet. Betrachtet die Front unserer Gegner. Welche Unsummen bieten sie auf, um das schamloseste Demagogentum auf die Arbeiter zu hetzen und ihnen den Gedanken einzubleuen, die Republik und der Marxismus sind an dem Elend schuld. Die schwärzeste politische und soziale Reaktion verbirgt sich heimtückisch hinter einem sozialistischen Mantelchen, nur um an die Volksmassen heranzukommen. Das Krisenelend hat manchen Arbeiter in Verwirrung gebracht, der Glaube an seine eigene Kraft und die Stärke der Arbeiterbewegung ist erschüttert. Er ist geneigt, den Verleumdungen und Verhetzungen Glauben zu schenken. Die Kommunisten haben diesen Boden wacker vorbereitet.

Besonders hitzig wird der Kampf gegen die Gewerkschaften geführt. Aus allen Unternehmerblättern heult es: die Gewerkschaften sind schuld an unserem Elend. Wir haben wiederholt auf diese Plumpeheiten und Dreistigkeiten hingewiesen. Wenn unser geniales deutsches Wirtschaftsführertum nicht schon so gewaltige Proben wirtschaftlicher und politischer Unfähigkeit abgelegt hätte, wären allein die Schreiberlein gegen die Gewerkschaften Grund genug, vor ihnen ein gelindes Grauen zu bekommen. In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ winselt soeben wieder ein moderner Industrie-Strauchritter die Lenker des Deutschen Staates an, „ja die Gewerkschaften aus der Wirtschaft auszuschalten“. Nach seiner Meinung haben die Gewerkschaften den „Tarif-Staat“ geschaffen, der die Wirtschaft knebelte und somit geraden-

wegs der Krise zuführte. Die Begründung für solche Behauptungen ist sehr mager und besteht in den Hauptpartien aus vollendeten Unwahrheiten. Die Erklärung gibt dieser Generaldirektor selbst, denn er kommt nach einer Lobhudelei der Nationalsozialisten zu der Forderung nach einer Rechtsregierung im Reiche, die die Zerstörung aller Arbeiterrechte brutal durchführen soll. Vorsichtig setzt er hinzu: „Daß Frankreich, außenpolitisch gedacht, sich über eine Rechtsregierung in Deutschland aufregen würde, glaube ich nicht.“ Das ist des Pudels Kern!

Der Kampf gegen die Gewerkschaften ist der Kampf gegen die errungenen Arbeiterrechte, Arbeitsgesetzgebung, gegen die Gleichberechtigung in der Politik, gegen unsere Sozialpolitik, gegen Tariflohn, tariflich geregelte Arbeitszeit, Ferien, gegen Betriebsräte und Arbeitsschutz. Diese Errungenschaften sind nicht die Ursache unseres volkswirtschaftlichen Elendes. Sie dienen nur dem Schutz des wertvollsten Volksgutes, der menschlichen Arbeitskraft. Aber diese Rechte sind dem Unternehmer unbequem, sie hindern ihn, rücksichtslos die Krise zur Verschlechterung der Lage der Lohnarbeiterschaft auszunutzen. Wenn es heute keine Gewerkschaften gäbe, dann triumphierte die Reaktion, die Lebenshaltung des deutschen Industriearbeiters würde auf den Stand des chinesischen Kulis herabgedrückt. Daher der Kampf auch gegen die Republik und gegen die Verfassung, die der menschlichen Arbeitskraft einen gewissen Schutz gewähren.

Die Gewerkschafter werden einen klaren Kopf behalten. Alle Verhetzung und alle Verleumdung werden sich an dem Wall der freien Gewerkschaften zerschlagen. Jeder Lausejunge unternimmt es, heute gegen die Gewerkschaften zu lästern. Die denkende Arbeiterschaft aber wird sich nicht auf dieses Gebiet drängen lassen. Auf wirtschaftlichem Gebiet muß alles versucht werden, die Lage der Lohnarbeiterschaft zu bessern. Die Mißstimmung über das Elend der Zeit darf nicht zu einer Zerstörung der Arbeitererrungenschaften führen. In den Arbeiterrechten hat der Arbeiter noch manches zu verlieren, das soll sich jeder überlegen, der geneigt ist, den Sirenenklängen der offenen und versteckten Reaktion zu folgen.

P. Haase.

Hoffnung auf Preisabbau?

Wieder einmal ist die Öffentlichkeit voll vom Gerede über den Preisabbau. Als der Reichskanzler das Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats zusammenfaßte, welche für die weiteren Schritte der Regierung maßgebend sein sollen, sagte er: Preise und Löhne müssen „in Übereinstimmung mit einander gleichzeitig herabgesetzt“ werden. Das soll heißen, die Lebenshaltung muß um ebensoviel verbilligt werden, wie die Löhne gesenkt werden, so daß der Reallohn unverändert bleibt.

Wenn das wirklich geschähe, könnte der Vorgang den Arbeitern gleichgültig bleiben. Wenn sie wirklich für den verminderten Lohn ebensoviel kaufen können wie früher, dann ändert sich an ihrer Lage nichts. Nun aber ist das seit einer Reihe von Jahren immerfort gesagt worden. Noch bei jedem Lohnabbau hieß es, die Preise des Lebensunterhalts würden „entsprechend“ gesenkt werden. Geschehen ist das aber nie. Nach den höchst verdienstlichen statistischen Ermittlungen von J. Kuczynski (veröffentlicht in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“) ist der Lebensunterhalt seit 1929 allerdings billiger geworden. Er kostete wöchentlich:

im Durchschnitt des Jahres 1929	49,65 M
„ 1930	47,55 M
„ Oktober 1931	43.— M

Das ist eine gar nicht mal kleine Verbilligung um fast 13% vH. Freilich ist das diejenige „Lebenshaltung“, die der amtlichen Indexberechnung zugrunde gelegt ist, und die der Wirklichkeit nicht entspricht. Trotzdem, und obwohl der amtliche Index auch noch aus anderen (oft dargelegten) Gründen unzutreffend ist — trotz alledem ist der den Beschäftigten ausbezahlte Lohn in derselben Zeit noch stärker gesunken. Die verwickelten Einzelheiten der Berechnung lassen wir natürlich weg und geben nur das Gesamtergebnis. Danach betrug der Reallohn (in vH des Lohnes von 1927) im Durchschnitt

	sämtlicher deutschen Arbeiter	der deutschen Metallarbeiter
Durchschnitt 1929	99,8	100
„ 1930	91,3	87
Oktober 1931	75,8	69

Das sind die wirklich ausbezahlten Löhne, umgerechnet auf Grund des amtlichen Lebenshaltungsindex, im Verhältnis zu der Höhe, die sie 1927 hatten. Trotz aller tatsächlich eingetretenen Verbilligung des Lebensunterhalts, trotzdem sogar die tariflichen Geldlöhne, wenigstens von 1929 auf 1930, zum Teil gestiegen sind, ist der Reallohn keineswegs unverändert geblieben, geschweige denn gewachsen; er ist kleiner geworden.

Diesmal nun kommt noch hinzu, daß Herr Brüning in Sachen des Preisabbaues in seiner Rede alsbald wichtige

Einschränkungen machte: „eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen (der Kartelle)“, sagte er, „wird nicht empfohlen“, auch nicht „eine gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise“. Und was die „landwirtschaftlichen Waren“ anbetrifft, d. h. die Nahrungsmittel, die bei weitem den größten Teil des Lebensunterhalts ausmachen, so betonte der Kanzler ausdrücklich, daß sie — — — viel zu billig seien! Die will er also nicht im Preise senken. (Daß er sie noch verteuern will, sagte er nicht geradewegs heraus; aber es liegt natürlich in seinen Worten, und durch seine Zolle, Osthilfe- und sonstige Politik tut er es täglich.) Und dann betonte er unmittelbar dahinter, daß die „Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich“ sei.

Es ist hiernach vollkommen klar, daß die Sache auch diesmal wieder genau ebenso auslaufen wird wie alle früheren Male: der Lohn wird abermals herabgedrückt, die Preise dagegen, wenn überhaupt, dann in viel geringerem Maße, so daß auf alle Fälle der Reallohn, d. h. der Anteil der Arbeiter am Produktions-ertrag verkleinert wird.

Da es leider auch unter der Arbeiterschaft immer noch so manchen geben dürfte, der durch dieses Ergebnis enttäuscht wird, so manchen, der bei Einberufung des Wirtschaftsbeirats gehofft hat, die besitzende Klasse werde doch endlich einmal zur Einsicht kommen, daß sie auf dem Wege endloser Lohnkürzung nicht nur uns und die Wirtschaft, sondern auf die Dauer sich selbst zugrunde richtet — da es immer noch solche Hoffnungs-seligen gibt, so ist es notwendig, immer wieder klarzumachen, daß der Kapitalismus in der Misere, in die ihn seine Entwicklung jetzt hineingebracht hat, gar nichts anderes tun kann, als durch fortgesetzt weitere Lohnkürzung seine Lebensdauer noch ein wenig zu verlängern. Und daß es deshalb nicht den geringsten Sinn hat, auf immer neue Ausschüsse oder Einsichten zu hoffen, sondern daß wir an der Herbeiführung des Sozialismus arbeiten müssen, der allein uns retten kann.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß wir im Zeitalter des Monopolkapitalismus leben, d. h. im Zeitalter der

Aus dem Inhalt

	Seite
Wir haben nichts mehr zu verlieren - Hoffnung auf Preisabbau?	349
Wir sparen uns zu Tode — Arbeitslosigkeit und Kaufkraft	350
Kriegswitwenelend — Das Leben der Marie Szameitar	351
Helft den Kollegen auf der Landstraße — Betriebsrats-Ersatzmitglieder unterliegen dem Kündigungsschutzgesetz	352
Eine Proletarierstadt in Paris — Gegen die Blutherrschaft der Nazis — Sowjetrußland (Russische Lebensmittelpreise)	353
Die Unterstützungskürzung der Wohlfahrtsempfänger	354

Konzerne, der Trusts, der Kartelle, der riesenhaften Kapitalzusammenballungen. Unternehmen wie die AEG und dergleichen, die über mehrere hundert Millionen Mark verfügen, sind heute eine Alltäglichkeit. Vor zwanzig bis dreißig Jahren fielen sie noch durch ihre Größe auf. Jetzt haben wir schon seit fünf bis sechs Jahren zwei Konzerne, I. G. Farben und Vereinigte Stahlwerke, mit je über eine Milliarde Mark Kapital.

Je größer das zusammengeballte Kapital, desto kleiner die Anzahl der Arbeitskräfte, die es beschäftigt. (Dies haben wir in Nr. 48, „Vom gesunden und kranken Kapitalismus“, ausführlich gezeigt.) Desto größer aber die Menge Profit, die es braucht. Denn der Profit muß stets in einem bestimmten Verhältnis zum vorhandenen Kapital stehen. Es wächst also immer mehr das Bedürfnis des Kapitals nach vermehrtem Profit, und gleichzeitig nimmt die Zahl der Beschäftigten ab, deren Ausbeutung allein den Profit liefert. Was kann in solcher Lage das Kapital anderes tun, als den immer erneuerten Versuch machen, aus der sinkenden Zahl der Beschäftigten, d. h. aus jedem einzelnen von ihnen, immer größeren Profit herauszuholen? Das geschieht, indem es den Anteil der Arbeiter am Produktionsertrag immer mehr verkleinert. Das Wort „Reallohn“ nun ist nur ein anderer Ausdruck für „Anteil der Arbeiter am Produktionsertrag“. Diesen zu vermindern, ist gegenwärtig der Zweck aller kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Folglich ist es im besten Falle Selbsttäuschung, wenn die Unternehmer sich und anderen einzureden suchen, die Preise des Lebensunterhalts sollen ebenso stark gesenkt werden wie die Löhne. Wenn das geschähe, würde es ja gar keine wirkliche Lohnsenkung sein. Keine Verminderung des Anteils der Arbeiter am Produktionsertrag. Folglich auch keine Vermehrung des Profits, auf die das Kapital, wegen seiner ungeheuren Größe und fortgesetzten Vergrößerung, auf Leben und Tod angewiesen ist.

Lasset alle Hoffnung fahren, daß es unter dem Kapitalismus noch jemals wieder besser werden kann, und rüstet euch, den Sozialismus zu erringen. I b y k u s.

Arbeitslosigkeit und Kaufkraft

Wie verheerend Arbeitslosigkeit und Lohnabbau auf die Volkswirtschaft einwirkt, geht aus dem Bericht hervor, den der Konsumverein Vorwärts, Dresden, veröffentlicht. Es heißt da: Die Konsumgenossenschaften im Freistaat Sachsen haben am schwersten gelitten, da die Beschäftigung in diesem industriereichen Land den stärksten Rückgang aufzuweisen hat. Unser Ausbreitungsgebiet ist besonders benachteiligt. Pirna z. B. ist die Stadt Deutschlands, die verhältnismäßig die meisten Erwerbslosen aller Gruppen aufzuweisen hat. Es sind uns viele kleinere Landgemeinden mit Industriebevölkerung innerhalb unseres Ausbreitungsgebiets bekannt, in denen nur noch wenige Erwachsene einem regelrechten Erwerb nachgehen. Die Lebenshaltung hat in diesen Kreisen der Bevölkerung, unter denen sich ein Großteil unserer Mitglieder befindet, eine erhebliche Einschränkung erfahren.

Die Einwirkung drückt sich auch im Umsatz aus, der von 55 auf 46 Mill. M oder um 16 vH zurückging. Der Konsumverein Vorwärts hat im Laufe des Jahres die Preise seiner Waren um 15 vH gesenkt, so daß der Umsatzrückgang dadurch zum Teil erklärlich ist. Recht lehrreich ist eine Berechnung über die Abwanderung des Verbrauchs hochwertiger Güter zu Ersatzergüssen. So fiel der Butterumsatz um 11,6 vH, während der Margarineumsatz um 12,3 vH stieg. Der Umsatz an Kaffee ging ebenfalls zurück, während auf der andern Seite mehr Kaffee-Ersatzstoffe gekauft wurden. Des ferneren war ein Hinüberwechseln zu billigeren Preislagen zu beobachten. Die hier in Frage kommende Genossenschaft hat ihre Anlagen auf das Modernste ausgebaut. Eine neue Fleischerei wurde erst im Berichtsjahr in Betrieb genommen. Deshalb ist es äußerst bedauerlich, daß solche Betriebsanlagen nur ungenügend ausgenutzt werden können. Die Senkung der Kaufkraft der Konsumvereinsmitglieder kommt darin zum Ausdruck, daß der Umsatz in Web- und Wirkwaren sowie Schuhwaren um 29 vH und von Hausat um 25 vH zurückging.

Das Weihnachtsfest ist sonst geeignet, bei verschiedenen Zweigen der Verbrauchsgüterindustrie eine Sonderkonjunktur hervorzurufen. In diesem Jahr ist davon nicht viel zu merken. Der Bericht des Landesarbeitsamts Pomern vom 24. November macht dazu eine sehr wichtige Feststellung: „Verminderte Kaufkraft ließ die übliche weihnachtliche Belebung des Arbeitsmarktes weniger als sonst zur Geltung kommen.“

Das sind alles Folgen des Lohnabbaus und das Versprechen der Regierung auf Preissenkung ist nicht ernst zu nehmen. Der Reallohn sinkt, das ist die furchtbare Tatsache und die Ursache fortschreitender Wirtschaftverschlechterung. Das wissen auch die Vertreter der Wirtschaft. „Die gleichzeitige Senkung der Löhne und Preise“, so schreibt der Herausgeber des Deutschen Volkswirt in Nr. 9, „ist ein Versprechen an die Arbeitnehmer, das nicht erfüllt werden kann. Bei der Arbeit hat der Staat durch das Schlichtungswesen die Funktion der Preisbildung übernommen, die sonst der Markt ansieht. Bei den Waren hat der Staat ähnliche Einflußmöglichkeiten nicht. Hier kann er nur gegen Preisbindungen vorgehen oder gegen solche Preise, die bisher durch Zölle künstlich hochgehalten wurden. Die Aussichten einer Aktion gegen Preisbindungen sind nach bisheriger Erfahrung gering... Das Versprechen, den Reallohn zu erhalten, wird also wahrscheinlich zu neuen Enttäuschungen führen.“ Dieser Zweifel ist sehr berechtigt.

„Erneute Lohnsenkungen bedauerlich!“

Die Deutsche Bank-Diskonto-Gesellschaft kommt in ihrem neuesten Wirtschaftsbericht auch auf die Verbindung der Produktionskosten zu sprechen. Über Löhne und Preise wird folgendes ausgeführt: „Eine erneute Senkung von Löhnen und Gehältern ist nach den in dieser Richtung schon erfolgten Schritten bedauerlich für den einzelnen wie für die Gesamtwirtschaft. Soll der Ausfall von Kaufkraft nicht noch stärker auf die Binnenkonjunktur drücken, so muß ein Ausgleich durch Preisrückgaben erfolgen, der die alte Reallohnhöhe wieder herstellt. Dabei sollte möglichst viel dem freien Spiel der Kräfte überlassen und möglichst wenig durch staatliche Eingriffe zu erzwingen versucht werden. Wir brauchen in Deutschland eine weitgehende Rückkehr zur freien Marktwirtschaft, die dafür sorgt, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage in der Preisbildung wieder mehr zu seinem Recht kommt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei unserer heutigen Wirtschaftslage dieses Gesetz ausreichende Preissenkungen herbeiführen wird. In diesem Sinne wird nun die Aufhebung von Preisbindungen begrüßt können, die in den Leitätzen des Wirtschaftsberichts verlangt wird.“

Diese hier vorgezeichnete Wirtschaftspolitik wird nun im großen und ganzen hinfällig können. Wäre sie allen Unternehmern geläufig, so würde der Krisenablauf schneller erfolgen. Erneute Lohnsenkungen sind nicht nur bedauerlich, sondern im höchsten Grade schädlich.

Wir sparen uns zu Tode!

Die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen haben in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der betont wird, daß sie den Schlußfolgerungen des Reichskanzlers, die er am Ende des Wirtschaftsberates zog, nicht folgen könnten, und sie sprachen die Befürchtung aus, daß wiederum die Preissenkung einseitig zu Lasten der Löhne und Gehälter erfolge.

Bereits 25 vH Lohn- und Gehaltsabbau.

Als im Jahre 1929 die Wirtschaftskrise auch bei uns drückender wurde, sah man die Hauptursache vielfach in den „hohen“ Löhnen der Arbeiter. Zuerst rief man nach Abbau der übertariflichen Bezahlungen, insbesondere bei den Akkordarbeitern. Da, wo die Akkorde nicht tariflich gesichert waren, folgte zum Teil Abzug über Abzug. Es wird als feststehend angesehen, daß seit dem Jahre 1929 die übertariflichen Verdienste im Durchschnitt um 15 bis 20 vH herabgesetzt wurden. Die Lohnabbauwelle des Jahres 1931 kann als abgeschlossen gelten. Wiederum sind die Löhne und Gehälter um 10 bis 15 vH gesenkt worden. Ohne zu übertreiben ist somit das Einkommen aus Lohn und Gehalt um 25 vH in den beiden Jahren gekürzt worden.

Da das Gesamtjahreseinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger auf etwa 40 bis 45 Millrd. M jährlich geschätzt wird, so bedeutet der brutale Abbau, daß rund 10 Millrd. M weniger in den Kreislauf des inneren Marktes fließen, daß 10 Millrd. M weniger von den Arbeitern ausgegeben werden konnten. Rechnet man noch die Verminderung des Einkommens durch die erhebliche Kurzarbeit hinzu, so ist mit einem weiteren Verlust von 3 Millrd. M Einkommen zu rechnen. Das so verminderte Einkommen des einzelnen bedingt Vernichtung der Kaufkraft.

3,5 Millionen Arbeitslose in Arbeit.

Betrachtet man aber den Gesamtausfall der 13 Millrd. M und geht davon aus, daß in denselben rund 60 vH Löhne und Gehälter, von der Gewinnung des Urstoffes bis zur Fertigstellung, sind, in einem Flugblatt der Schwerindustrie wurde sogar von 78 vH Lohn gesprochen, so ergibt sich ein Ausfall an Arbeitslohn von 7,9 Millrd. M. Das Jahreseinkommen eines Arbeiters und Angestellten mit durchschnittlich 2500 M angenommen, ergibt, daß aus dieser Summe mehr denn 3,5 Millionen Arbeitnehmer früher Arbeit und Brot fanden.

Da nun infolge dieser Lohnabbautheorie die Arbeit noch weniger wird, die Kosten für die Unterhaltung der Millionen Ausgeschiedenen für den Rest immer größer werden, so ertönt wiederum der Ruf nach Abbau. Auch der Ruf auf Herabsetzung zu hoher Soziallasten hat hier seine Grundlage. Hinzu kommt auch für die noch verbleibenden Gütererzeuger die Aufbringung erhöhter steuerlicher Abgaben. Man sieht, hier ist die Schraube ohne Ende, die die heutige Krise in Deutschland so wahnsinnig verschärft. Unsinnig ist der Einwand, die Lohnsenkung sei notwendig zur Aufrechterhaltung der Kon-

kurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande. Nach den neuesten Berichten beträgt der Exportüberschuß für die zehn Monate des Jahres 1931 2358 Mill. M. Auch der Anteil der deutschen Industrie am Welthandel in der Krise hat sich gegenüber den anderen Industrieländern am besten gehalten. Gewiß birgt die Pfundentwertung neue Schwierigkeiten in sich, aber glaubt auch nur ein Ernst zu nehmender Wirtschaftspolitik und Führer, mit den Löhnen hinter der Valuta eines Landes herlaufen zu können. Wir sehen ja bereits die Auswirkungen der Pfundentwertung in Errichtung von Zollmauern gegen die englischen Waren.

Kommen die Unternehmer zur Einsicht?

Der Stahlwarenindustriebund hatte seine Führer, Direktor Zell, Solingen, die Herren Cremer, Velbert, Hugo Eiken, Geyersberg, Walter Frohwein, Lennep, Oskar Funke, Hagen, und andere zur Reichsregierung gesandt, um die Notlage der Eisen- und Stahlwarenindustrie vorzutragen. In einem Pressebericht heißt es:

„Das Ergebnis der über drei Stunden währenden Verhandlung war die Erklärung der beiden Minister, daß sie entschlossen seien, dem Ernst der Lage in der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie mit allen Kräften Rechnung zu tragen. Man würdigte vollkommen die Bedeutung der Eisen- und Stahlwarenindustrie für die Ausfuhr und schätzte ebenso wichtig die Notwendigkeit ein, den vollkommen zusammengeschrunpften Binnenmarkt wieder aufnahmefähig für die Produktion dieses großen und wertvollen Industriezweiges zu machen. Der Herr Reichsarbeitsminister betonte besonders auch, daß er mit der Industrie darin einig gehe, daß eine fühlbare Senkung der Selbstkosten Voraussetzung für das Wiederaufleben einer normalen Wirtschaft sein müsse.“

Sollte endlich auch bei den Führern der Industrie die Götterdämmerung gekommen sein? Was soll mit der Senkung der Selbstkosten gemeint sein? Weiterer Lohnabbau oder wirklicher Preissenkung? Die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes ist nicht möglich nach der bisherigen Theorie, der auch die Führer des Stahlwarenindustriebundes huldigten. Hoffentlich siegt die Einsicht und man erkennt, welche gewaltige Einschrumpfung am Binnenmarkt durch die Vernichtung der Massenkaufkraft entstanden ist. Kommt die Einsicht nicht, bleibt auch die Regierung bei dem Lohnabbau, dann sparen wir uns zu Tode, der tödliche Kreislauf beginnt. Lohnabbau, Vernichtung der Massenkaufkraft, Arbeitslosigkeit, Einschrumpfung des Umsatzes, Steigerung der Produktionskosten, erhöhte Steuer- und Soziallasten, Verringerung des Verdienstes der Unternehmer — weiter sparen — der tödliche Kreislauf kann von vorne wieder beginnen.

Wir sparen uns zu Tode. P. Sch.

30 000 Gesetze und Verordnungen

Über das deutsche Volk ist nach dem Kriege eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen ausgeschüttet worden. Derzeit sind in Deutschland etwa 8000 Reichsgesetze gültig. Des ferneren geht aus einer amtlichen Zusammenstellung hervor, daß seit Kriegsende in nachstehenden Ländern an Gesetzen, Gesetzesänderungen und Verordnungen erlassen sind: in Braunschweig 1700, Oldenburg 1777, Lippe 1189, Schaumburg-Lippe 1019, Bremen 1901, außerdem 1376 Bekanntmachung der Behörden, in Hamburg 4942 und in Preußen 3250 Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Wenn man dazu die Gesetze der süddeutschen Länder nimmt, so ergibt sich eine Zahl von mehr als 30 000 gültigen Gesetzen, Bekanntmachungen und Verordnungen. Dabei befinden sich Gesetze, die ein Leben von Hunderten von Jahren haben. In diesem Paragraphengestrüpp soll sich nun der Bürger zurechtfinden! Es dürfte an der Zeit sein, diese Überwucherungen der Gesetze und Verordnungen einmal gründlich aufzuräumen.

„Wirtschaft und Wissen“

Der Zentralverband der Angestellten gibt seit Jahren eine Monatsschrift unter obigem Titel heraus. In leicht verständlicher Weise vermittelt diese Zeitschrift betriebswirtschaftliches Wissen, sie weckt das Verständnis für wirtschaftliche Probleme über handelspolitische Fragen, Kultur- und Schulfragen usw. Die Abhandlungen stehen auf hoher Stufe und sind geeignet, dem Gewerkschaftsfunktionär Unterlagen für ein gediegenes Wissen zu vermitteln. Da der Bezugspreis vierteljährlich nur 50 Pf. beträgt, dürfte es schlichterdingens keine bessere und billigere Möglichkeit geben, um sich Wissen, Kenntnisse und Erfahrung anzueignen. Der Bezug von „Wirtschaft und Wissen“ kann deshalb nicht dringend genug empfohlen werden. Auf der gleichen Höhe wie die genannte Zeitschrift stehen die übrigen Zeitschriften des ZdA, wie die „Zeitschrift für Versicherungsangestellte“, „Die Rechtspraxis“ u. a. Das Heft Nr. 11 der „Rechtspraxis“ enthält u. a. folgende Artikel: „Aktienrechtsreform durch Notverordnung“, „Das Persönlichkeitsrecht“, „Briefe mit Zustellungsurkunden und ihre Zustellung“ und zahlreiche Beiträge über soziale Rechtsprechung, „Aus der Praxis — für die Praxis“ usw. Auch diese Zeitschriften verdienen weiteste Verbreitung.

Der große Brockhaus

Handbuch des allgemeinen Wissens in 20 Leinenbänden. Der 2. Band liegt vor. Er umfaßt den Buchstaben H bis Hythe, der Stadt in der englischen Grafschaft Kent, die berühmt ist durch ihren versandeten Hafen und ein kostspieliges Seebad. Die Gründlichkeit, mit der der Brockhaus alle Geschehen und Dinge darstellt, ist bekannt und findet in diesem Band die konsequente Fortsetzung. Die Bildtafeln „Hochhausbauten“ ziehen unsere Aufmerksamkeit besonders an. Hier finden wir das erstmalig auf engstem Raum zusammengestellt die modernsten und eindrucksvollsten Hochbauten. Uns als Metallarbeiter interessieren besonders die Eisenkonstruktionen solcher Wolkenkratzer, die im Werden dargestellt werden. Lehrreich sind auch die bildlichen Darstellungen über Hochzeitsbräuche. Alle Völker und Rassen üben hier einen Kult, der strengsten Ernst und tiefste Ausgelassenheit mißt. In die Materialkunde führt uns der umfassende Abschnitt „Das Holz“. Auf bunten Tafeln werden uns Kenntnisse über die polierten Holzarten und ihre Unterscheidungsmerkmale vermittelt. Wir verfolgen das Holz aus dem Wald über die Flöße bis zur Schneidemühle. Ebenso lehrreich sind die Darstellungen über die Holzschneidekunst. Der große Brockhaus leistet unschätzbare Dienste. Preis des Bandes: 26.— M. Bei Umtausch des alten Lexikons ermäßigt sich der Preis auf 23,50 M. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig.

Rundfunkhörer gegen Elektrizitätswerke

Der kommende Winter wird zeigen, daß die Teilnahme am Rundfunk eine Lebensnotwendigkeit für Millionen geworden ist. Die durch elektrische Anlagen, wie Haushaltsgeräte, Motoren, Hochfrequenzgeräte u. dgl., verursachten Störungen bedeuten eine erhebliche Gefährdung des Rundfunkempfangs. Die Bestrebungen der Funkhilfen und der am Rundfunk interessierten Kreise werden durch die gegnerische Einstellung der Vereinigung der Elektrizitätswerke gefährdet. Zur rechtzeitigen Abwehr der Maßnahmen der Vereinigung der Elektrizitätswerke haben die dem Arbeiter-Radio-Bund angehörenden Organisationen beschlossen, geeignete Maßnahmen zu treffen. Die gesamte Hörerschaft wird um tatkräftige Mitwirkung gebeten. Erwünscht sind Mitteilungen an den Arbeiter-Radio-Bund, Berlin SW 61, über alle Pressenotizen und Vorgänge in der Öffentlichkeit, die den Bestrebungen, störungsfreien Rundfunkempfang zu schaffen, abträglich sind, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen zu können.

Nazi-Spiegel

Den Fürsten den Reichtum

Die Nazis sorgen, daß den „vielgeliebten Landesfürsten“ die Schmerzbüchse nicht schwinden. Folgende traurige Tatsache hat sich in Thüringen abgespielt, über die das „Volk“, Jena-Weimar, in Nr. 276 berichtet:

„Im Haushaltsausschuß des Thüringischen Landtags hat die sozialdemokratische Fraktion beantragt:

1. Alle Zahlungen auf Renten aus Verträgen mit dem ehemaligen Fürstenhause mit sofortiger Wirkung auf einen Höchstbetrag von 9000 M zu beschränken.
2. Mit allen ehemaligen Fürstenhäusern, Sachsen-Altenburg ausgenommen, in eine Neuregelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit dem Ziel einzutreten, allen Grundbesitz in das Eigentum des Landes zu überführen und die Rentenleistungen entsprechend der Not des Landes herabzusetzen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag spielte sich folgendes ab:

Der Ausschußvorsitzende: Für diesen Antrag haben gestimmt: die Sozialdemokraten und die Kommunisten, dagegen Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und Deutsche Volkspartei. Der Antrag ist somit angenommen.

Kleine Pause.

Abgeordneter Hennicke (NSDAP): „Was, der Antrag ist angenommen, nee, dann stimme ich auch mit dagegen. Ich will mir nicht nachsagen lassen, daß ich mich gedrückt habe.“

Und richtig, Hennicke, der sich zuerst enthalten hatte, weil er sich drücken wollte vor der Abstimmung, in der Hoffnung, daß der Antrag auch so abgelehnt werden würde, hob nunmehr seine Hand und brachte damit den Antrag zu Fall. Damit sind die ehemaligen Fürsten wieder gerettet worden.“

Das ist die „Arbeiterpartei“, die den notleidenden Menschen Hilfe verspricht. In Wirklichkeit ist es die Partei der wildgewordenen Spießbürger, die in knechtiger Unterwürfigkeit vor den zerbrochenen Fürstenstühlen lobhudelt. Das ist der berühmte deutsche Untertan. So etwas schwärmt vor ehrlichen Arbeitern von Freiheit.

Gegen Betriebsräte.

Die Nazis bemühen sich, Betriebsräte aus ihren Reihen wählen zu lassen, da angeblich die freigewerkschaftlichen Betriebsräte nicht richtig und nachdrücklich genug die Arbeitersache vertreten. Wie sie aber die Betriebsräte einschätzen, dafür einen Beweis. Der nationalsozialistische „Freiheitskampf“, Dresden, berichtet in Nr. 275 vom 26. November 1931, daß ausgerechnet auf der sächsischen Gaugaug der nationalsozialistische Betriebszellenagitator Land erklärte:

„Das Betriebsrätegesetz ist nur zu dem Zweck geschaffen worden, um die Herren Marxisten wirtschaftlich unterzubringen, die sonst infolge ihrer geistigen Beschaffenheit meistens arbeitslos wären.“ Darum wohl auch das Nazigeschrei: Geh weg und laß mich ran!



Familie und Heim



Kriegswitwenelend

Die Frau ist durch Urinstinkte, die durch die Mutterschaft bedingt sind, in einem ganz anderen Maß zur Hüterin des Friedens geboren als der Mann. Was bei ihm erst eine Frucht innerster Bildung und Reife auf einer höheren Kulturstufe möglich ist, das ist bei der Frau schon als Naturanlage vorhanden. Die Sozialistin aber ist, nicht auf Grund der Mutterschaft allein, aus tiefer Sorge um das heranwachsende Geschlecht für den Frieden der Welt tätig, sondern ihr Gefühl wird gestützt und getragen von logischen Erkenntnissen, von politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen. Zwar wird immer wieder versucht, vor allem von nationalistischer Seite, gerade die Frauen für ein falsches und verlogenes Heldentum zu begeistern, und leider gibt es auch heute viele romantisch veranlagte Frauen und Mädchen, die nicht die Fähigkeit besitzen, die Hintergründe dieser Propaganda zu durchschauen. Aber es gibt auch einen Weg und ein Mittel, um selbst die harmlosesten Gemüter zum Nachdenken über das Wesen dieses Heldentums, über Krieg und Kriegsfolgen, anzuregen: Man muß immer wieder diesen Frauen den Krieg zeigen, wie er wirklich ist, und wie er sich immer wieder, noch Jahre und Jahrzehnte nach seiner Beendigung, nicht nur auf die unmittelbaren Kriegsteilnehmer, sondern auch auf Frauen und Kinder auswirkt.

Ob das betreffende Volk als Sieger oder als Besiegter aus einem Krieg hervorgeht, ob der Krieg Monate oder Jahre dauerte — immer von neuem wiederholt sich das Schicksal der Unzähligen, die von seinen Krallen erfaßt wurden. Unvergessen bis heute ist das Geschick der Veteranen des Krieges von 1870, den Deutschland doch „glänzend gewonnen“ hatte. Auch die Veteranen dieses Krieges spürten nichts vom Dank des Vaterlandes. Oft genug mußten sie als Bettler oder als Drehorgelspieler durch das Land ziehen. Selbst ein Krieg zwischen zwei kleinen Staaten, wie er zwischen Preußen und Dänemark im Jahre 1864 geführt wurde, hatte unendliches Elend, grenzenlose Armut zur Folge. Die Akten, die über die Verhältnisse von hinterbliebenen Familien berichten, geben einen erschütternden Einblick:

Da ist die Witwe eines Handwerkers in Berlin mit ihrem fünfjährigen Töchterchen. Sie erhielt 4 bis 5 Taler monatlich von der Gemeinde und ebensoviel von einer privaten Stiftung. Die Frau litt an Schwächezuständen, konnte sich aber mit ihren 30 Mark Monatseinkommen weder stärkende Arznei noch entsprechende Nahrungsmittel kaufen. Als ein privater Fürsorger sie etwa zwei Jahre nach dem Tode ihres im Kriege gefallenen Mannes besuchen wollte, war sie an Unterernährung gestorben.

Eine andere Witwe erhielt für sich und ihr vierjähriges Kind vom Kriegsministerium vier Monate lang eine Unterstützung

von je 6 Talern — damit war der Staat seiner Verpflichtungen ledig. Die Frau verdiente durch Feldarbeit etwa 60 Pfennige täglich — im Winter hatte sie überhaupt kein Einkommen. Und doch war die unglückliche Witwe noch dankbar, daß man ihr trotz der entsetzlichen Armut, in der sie lebte, wenigstens ihr Kind, ließ, denn die meisten Halbweisen wurden in den Militärwaisenhäusern untergebracht, damit die Frauen ihre ganze Zeit und Kraft dazu verwenden konnten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Furchtbar war das Lebensschicksal einer Kriegswitwe in Landsberg an der Warthe. Ihr Mann war schwindsüchtig aus dem Feldzug heimgekehrt und bald darauf gestorben. Ihr erstes Kind, das sie verlassen mußte, um sich einer schweren Operation in Berlin zu unterziehen, starb aus Mangel an Pflege. Bald darauf starb auch das zweite Kind an Unterernährung. Das letzte, dessen Geburt mit der Heimkehr des schwer Lungenkranke zusammenfiel, erbe im Krankenzimmer, dem einzigen Wohn-, Ess- und Schlafraum der Familie, die Krankheit des Vaters und wurde am Todestag des Mannes ebenfalls eingesargt. Die Frau, die Mann und drei Kinder infolge des Krieges verloren hatte, brach völlig zusammen. Man gewährte ihr jedoch keinerlei Unterstützung, mit der Begründung, daß sie jung und kräftig sei und für niemand zu sorgen habe. Sie mußte ihr schweres Brot als Wäscherin verdienen — was sie seelisch durchgemacht haben mag, steht nirgends verzeichnet.

Eine Frau aus dem Kreis Guben begab sich mit ihren beiden Kindern zu ihrer Mutter, als ihr Mann ins Feld ziehen mußte. Aus diesem Grunde versagte ihr der Dorfschulze jede Unterstützung, und so war sie, solange der Mann im Felde stand, völlig mittellos. Nach kurzer Zeit teilte man ihr mit, ihr Mann sei gefallen. Aber auch jetzt erhielt sie von keiner Seite Unterstützung, und erst nach langen Monaten, nach vielen Eingaben und Bittgängen, gewährte das Militärwaisenhaus in Potsdam monatlich 12 Mark für die beiden kränklichen Kinder.

Nur ein winziger Ausschnitt aus dem Riesenkapitel des Kriegswitwenelends konnte an dieser Stelle dargestellt werden, aber er genügt, um zu zeigen, daß die Kriegswaisen von 1864 im Siegerstaat Preußen darben, daß ihre Mütter schutzlos dem Elend preisgegeben waren. Wie sie, so litten die Witwen und Waisen von 1870/71 in einem siegreichen, emporblühenden Deutschland. Was ein Krieg im Zeitalter der Wirtschaftskrise, ein zweiter Weltkrieg, dessen Riesenausmaße mit diesen Kleinkriegen überhaupt nicht verglichen werden können, gerade für Frauen und Kinder bedeuten müßte, das vermag sich keine Phantasie auszumalen, denn sie würde doch hinter einer furchtbaren, erbarmungslosen Wirklichkeit zurückbleiben müssen.

Elke.

Schmerzhaftes Stadt

Brief an mein Kind

Berlin, im Dezember.

Mein lieber kleiner Peter!

Du bist erst zwei Jahre alt und kannst noch nicht lesen. Aber Du zeichnest schon „wunderbar schöne“ Autos und „gooe Lokotiven“ und plauderst vom frühen Morgen bis zum frühen Abend; bis Du beseligst und jubelnd in Dein „lei Bettele“ (kleines Bettchen) kletterst. Denn Du bist schon ein richtiger kleiner Mensch, mit unerfüllten Wünschen, mit Tränen und Lachen. Und es wird gar nicht so lange dauern, da wirst Du diesen Brief auch lesen können. Aber es werden viele, viele Jahre vergehen, ehe Du ihn verstehst.

Mein kleiner Peter, ich möchte meine Tage damit verbringen, Dir in die Augen zu sehen, wenn Du die Märchen erlebst, die Mutter und ich Dir erzählen und in denen es nur schöne Blumen, weiße Vögelchen und Himbeersaft gibt.

Ich werde auch nie die hundert kindlichen Einfälle und Aussprüche vergessen, mit denen Du uns zu Tränen entzückt hast. Ich möchte Dir unentwegt beim Spielen zusehen. Denn ich weiß, Dein Spielen, Lachen und Erzählen — das ist das Leben.

Aber Dein Vater ist arm. Darum ist er weggefahren, in die große Stadt, um Arbeit zu suchen. Würdest Du nicht sehr schreien und weinen, wenn Du eines Tages aufwachtest und die Milch wäre nicht da? Oder Du bekämst kein „Apfele“ und kein Gemüse! Aus diesem Grunde habe ich Dich allein gelassen. Du bist ja noch zu schwach für Kampf und große Not und es nützt Dir auch nichts, kleiner Mann, immer ans Telefon zu laufen. Dein Vater hat kein Geld für einen Fernruf. Ich fühle auch Deine Enttäuschung, wenn Du bei jedem Klingeln zur Tür eilst und rufst: „Vater kommt!“ Und dann war es bloß der Briefträger oder der Milchmann.

In diesen Wochen bin ich viele Treppen gestiegen und habe an viele Türen geklopft. Stundenlang bin ich im Regen ge-

wandert, um das Fahrgeld zu sparen. Abends saß ich müde im Zimmer, vor mir Dein Bild und das Deiner jungen Mutter, und war oft recht verzweifelt. Denn alle Treppen bin ich umsonst gestiegen und an alle Türen habe ich vergeblich geklopft. Manchmal hat man die bestimmte Empfindung, als liefe man gegen einen Wall von lauter Türen, die sich nur selten öffnen und aus denen dich — bestenfalls — eine mehr oder minder höllische Stimme an eine neue Tür weist. Dahinter aber ist wieder eine Tür, ein Laufjunge oder ein kleiner Beamter — und über die kommst Du nicht hinweg. Es ist ein verteuft ausgeklügeltes System, das man sich dort oben zurechtgelegt hat. Nicht gegen Menschen läuft man Sturm. Die könnte man vielleicht überzeugen oder durch Menschlichkeit herumkriegen — in Wahrheit ist es ein Kampf gegen Türen.

Es ist auch eine schmerzhaftes Stadt. Die vielen prächtigen Straßen sind Leidenswege für den unbekanntesten Arbeitslosen, der es nicht fassen kann, daß es Leute gibt, die sich amüsieren, Schmuck und kostbare Kleider tragen, die im Auto fahren und satt zu essen haben. Die arbeiten dürfen.

Man müßte ihm ein Denkmal setzen, diesem unbekanntesten Arbeitslosen, der so heldenmütig an dem Luxus vorübergeht und es geduldig erträgt, daß sich Prasserei und Überfluß schamlos zur Schau stellen und anpreisen. Und der noch dazu genug Takt hat, um in die stillen Gassen abzubiegen, wenn ihm vor Hunger übel wird. Weil er auch im Sterben seine gute Erziehung nicht vergißt und weiß, daß Zugrundegehen eine rein persönliche Angelegenheit ist, bei der ein spanischer Tango nur störend wirkt. Darum sucht er sich zum Verrecken dunkle Haustore, stinkende Kanäle, Brückenbogen und eventuell noch die Einsamkeit großer Parks aus...

Aber ich weiß auch, mein kleiner Sohn, daß das Märtyrertum dieses Helden seine Zeit überdauern wird. Ich weiß es, mein geliebtes Kind, der ich lieber warte, daß sich in dieser schmerzhaften Stadt eine Tür öffnet, hinter der es für mich Arbeit gibt.

Und dann will ich Dir auch sofort telefonieren!

Es umarmt Dich Dein Vater

Hans Leo Reich.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XXXVI.

Wieder das Wort! Marie hat aufgepaßt, Svea war das. Marie schiebt sich neben die drei, täuscht Arbeit vor und wischt mit dem gelben Staubtuch über die Flakons und Büchsen. Marias Ohr ist wie ein Mikrophon, es verstärkt die ertauschten Worte rätselhaft.

Jetzt Jenny: „Er macht's rasend geschickt. Ich weiß das von mir selbst. Auf Ehre, Down, drei Tage danach saß ich wieder hinter der Bar. Quatschbude! Folgen? Lachhaft! Nicht mehr wie von Zahnziehn!“

Down, kritisch prüfend und nicht ganz mit dem Brauenschwung einverstanden, meint: „Schick, was du sagst. Aber schau her, chéri, meinst nicht, der kleine Kiki, weißt doch, der Medizinstudent aus der Tahiti-Bar, macht's billiger? Ich lieg nämlich mächtig schief, weißt.“

Svea, der Entsetzten, rutscht der Lippenstift aus: „M'Dieu, nur nicht mit dem einlassen, Down! Hen, was will er, was, Liebling. Nurr Mädchen, viel Mädchen, hen, wo er nicht braucht zu zahlen. Derr ist Erpresser, ah'oui, Vorsicht, attention, m'p'tite! Geh zu Doktor nach Potsdam, Down. Nimm Geld und kennst dich nicht mehr.“

Down: „Ss —! Soo einer ist das? Schau, wie dich täuschen kannst in den Menschen, no —! Riesig nett von dir, Svea, daß du mir das gesagt hast. Also, ich wär glatt zu Kiki gegangen. Ss — der Aff soll mir nochmal Fein, ich geh nach Potsdam!“

Marie hat verstanden. Sie weiß, was die in ihrem Kauderwelsch meinen. Was Down will. Dasselbe, was sie will.

Die drei sind fertig. Ihre kleinen Finger tupfen hier noch

etwas ab, die Puderquasten korrigieren und mildern dort einen noch zu tiefen Schatten. Aufatmen, noch ein Generalblick, scharfe Wendung, seitlicher Rückblick, sie sind zufrieden mit sich. Jetzt sprechen sie von einem Börsianer, einem „fabelhaften Trottel“, der oben in Nische zwounddreißig sitzt und die Eisstücke aus dem Sektkühler auf der Glatze jongliert. Und verschwinden.

Noch immer steht Marie da. Vorgebeugt. Nicht hören auf den Zuruf vom Waschtisch her, wo schließlich die achselzuckende Dame ihr Trinkgeld auf die Marmorplatte knallt.

Endlich Klarheit über Marie. Endlich Gedanken. Sie muß Down sprechen. Down ist immer gut zu ihr. Down bringt ihr manchmal unter dem Kleid versteckt ein Glas Sekt und drängt es ihr auf. Und gibt ihr Schokolade und Pralinen und Luftballons für die Kinder. Oh, Down ist ein guter Mensch! Down wird helfen. Down wird verraten, was das für ein Arzt in Potsdam ist. Und Marie wird hinfahren. Und wird gerettet! Marie spürt Freiheit und atmet auf. Endlich, endlich der Wegweiser!

Es gelingt, eine Freundin Downs zu erwischen und zu bitten, Down für einige Sekunden hineinzuschicken.

Und Down, etwas sehr erstaunt, etwas sehr verblüfft, kommt, kommt sogar sofort.

Wie schwer es jetzt ist, die richtigen Worte zu finden. Eine Ewigkeit, bis sie allein im Waschraum sind. Endlich. Down, noch erstaunter und noch verblüffter: „Ja, was is denn, was habens denn, Marie? Was ist denn g'schehen, so sagens doch!“

Marie reißt sich zusammen, stottert trotzdem: „Fräulein Down, Sie — hören Sie, ich — Sie haben da eben — ich hab zugehört und — Fräulein Down —“, und verheddert sich immer mehr.

Down steht kopfschüttelnd. Und die Angst in Marie, jede Sekunde kann einer kommen und sie stören, und Down hat auch anderes zu tun als hier zu stehen! Schließlich sprudelt Marie heraus:

„Den Arzt. Den Arzt in Potsdam. Den Arzt muß ich wissen. Die Adresse, Fräulein Down. Sonst bin ich verloren, Fräulein Down.“

Schlimmes Schweigen sekundenlang. Down hat kapiert. Langsam und kopfschüttelnd sieht sie Marie an, die am Waschtisch lehnt, verlegener Blick zu Boden.

Down, sehr leise: „No, das haben Sie aber auch nicht nötig g'habt, Marie. Ss —! Sie nicht, Gott soll abhüten. Unsereins, ja unsereins, das is halt unser Geschäftsrisiko, aber damit haben Sie doch nix zu schaffen.“ Down schüttelt den Kopf schwer und bedenklich.

Marie blickt hoch. Und jäh wie überrumpelte Lawine bricht es aus ihr heraus, Erklärung und Empörung, daß Down die gute Down, sie mißverstanden hat. Vielleicht nur ein Dutzend Sätze, aber verdammt harte Tatsachen. Und Down begreift. Down begreift sehr plötzlich und verdammt gut.

Und plötzlich steht Down da und führt ihren Namen nicht zu Unrecht und schluckt, würgt noch, weint, heult, flennt, daß es schlimme Rinnen in den Puder zeichnet, steht da im Waschraum und heult, schlimmer als in irgendeinem der geliebten Kinos bei der geliebten Gish oder irgendeinem Sonny boy. So ist Down.

Die Tür! Um Gotteswillen, nur kein Aufsehen! Schnell reicht Marie die Puderquaste der erschrockenen Down, die schon das Gesicht abgewaschen hat und es nun trocken und wieder repariert.

Etwas Bleu unter die Augen, etwas Rouge auf die Backen, Down kommandiert und Marie reicht zu: Gesichtswasser, Watte, flüssigen Puder, Puder Brun 3, Quaste, Brauenstift, den Lippenstift aus Downs Tasche.

Zwischendurch faucht Down: „Eh, Pack das, die Männer! Da oben der Blödel, Börsianer hat er sich g'schimpft, der ist auch durch die Lappen. Und dabei lieg ich schief, könnt sowas gebrauchen. No, und wie! Aber ich sag schon, erst knutschen und dann kneifen. Eh, G'sindel das und Bagasch allesamt!“

Marie protestiert: „Nicht so, Fräulein Down! Nur den Richtigen muß man finden, Fräulein Down. Dann sind sie bestimmt gut, die Männer.“

Down faucht zwischen: „No, haben Sie gefunden?“ Marie blickt zur Seite.

Down, helle Empörung: „No also! Was redens! Hab ich? Find ich? No also! Was is dann?“

Down ist mit dem Brauenstift ausgerutscht: „Kommt davon! Bagasch is's!“ Der Schaden muß wieder gutgemacht werden. Außerdem stören noch andere. Endlich, nach langen Minuten, sind sie wieder allein.

Down spricht schnell: „Also, Marie, selbstverständlich bring ich die Adress'. Ich laß sie mir oben geben. Aber — habens denn Geld? Das kost' da zweihundertfünfzig, aber man kann handeln, für zweihundert macht er's auch. Habens die, Marie?“

Wieder Enttäuschung in Marie. Nein, die hat sie nicht. Sie hat bis jetzt sechzig Mark gespart. Das ist alles. Aber das soll dazu sein, die Schulden zu bezahlen.

Down hört sich das kopfnickend an: „Hab schon gedacht, Marie. Faul das, eh! Aber wartens, ich werd schon was ausknobeln, wartens. I komm schon wieder.“

Down ist fort. Marie atmet auf. Sie hat es gewußt: Down ist gut, Down wird helfen, alles wird wieder gut.

Endlich nach einer Stunde vielleicht, lange, lange Stunde, ist Down wieder da. Energisch und Arme in den Hüften, putzige kleine Down, steht sie vor Marie und sagt nur das:

„Also, Marie, hörens zu, wenn Sie jetzt gleich ein Wort sagen, dann hau ich Ihnen glatt eine runter, so. Und jetzt passens auf. Hier sind hundertachtundvierzig Mark und fünfzig Pfennig, ruhig sollens sein, maurusig, verstehens, und dazu nehmens nun Ihre Sechzig und dann fahrens morgen nüber. Und dann liegens wieder grad, net wahr, und alles war nix. Aber gebens nicht mehr als Zweihundert, verstehens, das ist unser Tax. Und hier ist die Adress'. So, und jetzt haltens mich net auf. Jetzt muß ich nein. Ein Uhr is' und immer noch kein Fester! Ein Leben is das! Oioi!“

Aber Marie, verwirrt, das Geld, das überrumpelnde Geld in der Hand, hält sie zurück: „Wann soll ich das zurückgeben, zurückzahlen, Fräulein Down?“

Down, kopfschüttelnd, sehr erstaunt, kratzbürstige Pose: „No, wer hat was g'sagt von Rückzahlen? Das is gesammelt, verstehns. Ge — sam — melt! Bei uns wird oft gesammelt. Für die Lazarettkass', net wahr? Da is doch nix bei. Und wir lassen Sie doch nicht draufgehn, Sie Schaf! No also, was wollens denn noch, he? Und jetzt lassens mich aus. Hab' doch noch anders zu tun, net wahr? Später, später, Marie.“

Down ist fort. Marie steht da, immer noch verwirrt, kopflos, von allem überrumpelt.

Das nur schreit in ihr: Ich bin gerettet. Die Kinder sind gerettet. Wir sind gerettet. Gerettet!

Die Tür bewegt sich. Stimmen und Auflachen. Die Lärmwolke aus Jazz und Durcheinander weckt. Schnell steckt Marie das Geld in die Schürzentasche. Kundinnen. Marie grüßt, dreht Wasserhähne auf, mischt die rechte Temperatur, holt Handtücher aus dem Schrank, legt Seife, Nagelschere, Bügel und Puderquasten zurecht, breitet sauber und peinlich, genau die Handfrottiertücher über die Waschtischkanten, steht da bescheiden lächelnd und hält weiche Trockentücher den nassen, spritzenden Händen entgegen. Steht da und arbeitet, arbeitet, arbeitet weiter, als wäre nichts geschehen.

Das aber geht nicht aus dem nichts verratenden, bescheiden und zuvorkommend lächelnden Kopf:

Morgen fahre ich nach Potsdam. Morgen werde ich erlöst. Morgen, morgen, morgen!

Letzter schöner Tag auf der Scheide zwischen Sommer und Herbst. Strahlender Morgen. Sonne auf dem Wasser und auf der Erde, verschwenderisches Strahlen. Wie warn die Sonne ist! Sie hüllt ein in nichts als Wärme und Wohltat, erfüllt mit Helligkeit und lichter Frische. Wie ein widerstrahlender Spiegel steht man in der Sonne. Man muß froh und leicht werden in ihr.

Der Arzt wohnt in einer vornehmen, stillen Straße, die zum See hinläuft zwischen gepflegten und sparsam bunt leuchtenden Vorgärten.

Marie muß über teppichbelegte, federnd den Tritt dämpfende Treppen hinaufsteigen.

Der Warteraum ist ein großer, Marie bedrückender Raum. Das hier ist etwas anderes als damals beim Armenarzt. Marie bewundert die befelerische Vornehmheit des Zimmers, dem ein breiter Wintergarten vorgelagert ist: Seidenbespannte Wände, kostbare Bilder, Klubsessel, zierliche Seidensessel, vornehm gestaltete Ecken mit seltsamen Möbeln aus Nickelgestänge, im Wintergarten weich gepolsterte Rohrsessel und Korbmöbel mit resedgrünem Cretonne bezogen, ein herrlicher Teppich. Marie wagt kaum zu atmen. So drückt die Vornehmheit dieses Wartezimmers. Wie die Vornehmheit des Dieners, der sie gemessen zu den Korbmöbeln hinweist und zu warten befiehlt.

(Wird fortgesetzt.)



Verbandsleben



Helft den Kollegen auf der Landstraße

In jeder Nummer unserer Zeitung lesen wir unter Bekanntmachungen, daß in vielen Verwaltungen kein Lokalgeschenk mehr gegeben wird. Von der Mehrzahl der Kollegen werden diese Bekanntmachungen wohl kaum beachtet. Und doch bedeuten diese harmlos scheinenden Worte für sehr viele Kollegen eine weitere Verschlechterung ihres Elends. Die ausgesteuerten Kollegen der Landstraße hatten in dem Lokalgeschenk wenigstens das Schlafgeld für eine Nacht.

Es vergeht kein Tag, wo nicht 5 bis 6 und noch mehr Durchreisende anklopfen. Alles junge, arbeitsfähige Menschen, die gerne arbeiten wollen, aber bei unsrer schönen Wirtschaftsordnung nicht arbeiten dürfen. Junge Menschen, die kein Elternheim und sonstigen Anschluß mehr haben, denen nichts weiter als die Landstraße bleibt. Die noch viel weniger hoffen dürfen, jemals wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht zu werden, als diejenigen Arbeitslosen, die wenigstens noch ein Dach über sich haben.

Für viele dieser Kollegen handelt es sich um den Abschied von der menschlichen Gesellschaft für immer. Hat man sie ein paarmal beim Betteln erwischt, dann schickt man sie wegen Landstreicherei oder als „arbeitscheu“ ins Arbeitshaus. Von da an geht es dann Schritt für Schritt weiter nach unten.

Unter diesen Zwangsreisenden zeigt mancher ein ungültig gewordenes Mitgliedsbuch. Es war ihm nicht möglich, nachdem er ausgesteuert war, auf der Landstraße die Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten.

Hier muß auf andre Art geholfen werden. Sind die Ortsverwaltungen nicht mehr in der Lage, Lokalgeschenke zu geben, sollten sie angewiesen werden oder es von sich aus tun, den ausgesteuerten Kollegen der Landstraße das Bindeglied, die 10-Pf.-Marke, laufend gratis einzukleben.

Ein großer Ausfall an Einnahmen könnte dadurch nicht entstehen. Vielen von diesen beklagenswertesten der Arbeitslosen würden wir die Mitgliedschaft erhalten.

Große Nachfrage ist nach abgelegter Kleidung, Schuhen und Wäsche. Gewiß ist in allen Ortsverwaltungen viel Not und Elend zu lindern. Aber diesen Armen der Landstraße muß auch geholfen werden; wo ein Wille ist, ist ja auch ein Weg.

Errichten wir bei unsren Ortskassierern kleine Sammelstellen. Jeder sehe seinen Bestand an abgetragenen Sachen nach. Sage keiner, er habe nichts! Wenn uns die Sachen auch noch so schlecht und zerschissen aussehen, geben wir sie hin. Für diese Landstraßenproletarier bedeuten sie vielleicht noch einen Reichtum. Helfen wir unsren noch ärmeren Kollegen, vor allem denen, die auch auf der Landstraße dem Verbannde die Treue bewahren wollen. G. Gegner.

Betriebsrats-Ersatzmitglieder unterliegen dem Kündigungsschutzgesetz

Das Reichsarbeitsgericht beschäftigte sich mit einer Frage, die für die sächsischen Metallarbeiter von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung ist.

Der Kläger war bei der Firma Koch und Stenzel in Dresden als Maschinenschlosser beschäftigt und war Ersatzmitglied für den Betriebsrat. Er ist am 27. Januar 1931 auf Grund Kündigung am Tage zuvor infolge Arbeitsmangel entlassen worden. Der Kläger hält die Kündigung für rechtswirksam, weil er zu dieser Zeit Stellvertreter für ein zeitweilig verhindertes Betriebsratsmitglied gewesen sei, somit der Betriebsvertretung angehört. Er habe aus diesem Grunde nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung, die nicht vorgelegen habe, wirksam entlassen werden können. Der Kläger verlangt mit der Klage den Lohnausfall. Das Arbeitsgericht hat zugunsten des Klägers und seines Verbandes entschieden.

Für die Beantwortung der Frage, ob der Kläger in seiner Eigenschaft als Stellvertreter gemäß § 40 des Betriebsratgesetzes den Kündigungsschutz eines ordentlichen Betriebsratsmitgliedes genießt oder nicht, ergibt die Fassung des Paragraphen weder in dem einen noch in dem anderen Sinne einen wesentlichen Anhaltspunkt. Geht man aus von dem Grundgedanken des § 96 des Betriebsratgesetzes, dem Betriebsratsmitglied die unabhängige Stellung zu verschaffen, die ihm erst ein nachdrückliches Vertreten der Arbeiterinteressen dem Unternehmer gegenüber ermöglicht, und berücksichtigt man weiter, daß die Ersatzmitglieder als Stellvertreter, wenn schon zeitlich begrenzt, so doch im übrigen ganz die gleichen Funktionen auszuüben haben, wie die ordentlichen Betriebsratsmitglieder, so sind sie deshalb wie die ordentlichen Betriebsratsmitglieder vor den Willkürakten der Unternehmer zu schützen. Ein dergleicher Schutz würde sich, da die Zeit der Stellvertretung mitunter eine recht erhebliche Zeitspanne umfassen kann, auch praktisch sehr fühlbar auswirken können. Dem Kläger sei der Schutz des § 96 des Betriebsratgesetzes zuzuerkennen gewesen.

Das Urteil wurde von der Beklagten angefochten und das Landesarbeitsgericht Dresden hob es auf und wies die Klage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ab.

Um in dieser Frage, die bisher vom Reichsarbeitsgericht noch nicht behandelt wurde, eine grundsätzliche Entscheidung zu bekommen, legten der Kläger und sein Verband Revision ein.

Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Franckel, Berlin, verlangte die Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils, das klar zum Ausdruck bringt, daß auch das Ersatzmitglied im Arbeiterrat vor den Schikanen des Arbeitgebers geschützt sein soll. Dem Kläger sei der Schutz des § 96 des BRG zuzuerkennen.

Der Unternehmensvertreter hielt das verinstanzliche Urteil für rechtswirksam und verlangte die Verwerfung der Revision des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Das Reichsarbeitsgericht hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Prüfung und anderen Entscheidung an das Landesarbeitsgericht in Dresden zurück.

Der Vordichter wird nunmehr für den Kläger entscheiden und feststellen müssen, daß auch das Ersatzmitglied im Arbeiterrat den Schutz des § 96 BRG genießt. (RAG 256/31)

Festsetzung der Ortslöhne und der Sachbezüge

Eine Neufestsetzung der Ortslöhne und der Sachbezüge hat ab 1. Januar 1932 stattgefunden. Die Festsetzung des Ortslohnes erfolgt nach § 149 Abs. 2 EVO durch das Oberverwaltungsamt; vorher sind die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten zu hören; das Versicherungsamt hat sich nach Anhörung der Gewerkschaften und der Vorstände der beteiligten Krankenkassen gesehentlich zu äußern.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände weist die Unterachmer darauf hin, daß die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten und die Vorstände der beteiligten Krankenkassen sich für eine angemessene Festsetzung, d. h. für eine entsprechende Herabsetzung der Ortslöhne, die den veränderten Wirtschafts- und Lohnverhältnissen angepaßt ist, einsetzen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

schlägt den Unternehmensvertretern vor, daß die Höhe des Hundertsatzes, um den die Ortslöhne zu senken sind, abhängig sein muß:

1. von der Lohnentwicklung seit der letzten Festsetzung der Ortslöhne bis zum Zeitpunkt der Neufestsetzung,
2. von der in den kommenden Monaten noch bevorstehenden Lohnentwicklung.

Die Vereinigung will also die noch bevorstehende Lohnentwicklung schon in die Neufestsetzung der Ortslöhne mit einbezogen haben. Es ist notwendig, daß die Arbeitnehmervertreter bei den Versicherungsanstalten und Krankenkassen mit aller Kraft darauf hinwirken, daß die Neufestsetzung sich nicht in den uferlosen Bahnen bewegt, wie sie von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vorgeschlagen wird. Die Vereinigung hält es für zweckmäßig, wenn sich die Arbeitgeber neben ihren Einwirkungen auf die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten und die Vorstände der beteiligten Krankenkassen mit den zuständigen Oberversicherungsämtern ins Benehmen setzen.

Das gleiche, was für die Arbeitslöhne gilt, gilt für die Sachbezüge, deren Wert die Versicherungsämter nach Ortspreisen festsetzen.

Da der Ortslohn eine sehr einschneidende Rolle bei der Bemessung der Beiträge und Leistungen bei den gegen Krankheit versicherten unständigen Arbeitern, bei der Berechnung der Unfallrenten, bei der Berechnung der Beiträge zur Unfallversicherung und der Bemessung des Hausgeldes bei einem von der Versicherungsanstalt eingeleiteten Heilverfahren spielt, so haben die Arbeitnehmer alle Ursache, genau so wie die Unternehmensvertreter die gegebenen Einwirkungsmöglichkeiten „nicht ungenutzt zu lassen“.

Die Ausbeutung der Frau in der Metallindustrie

Wie das Jahr- und Handbuch 1930 des DMV mitteilt, hat besonders in der Metallindustrie, die früher Frauenarbeit kaum oder nur in geringem Umfang kannte, die Beschäftigung von Frauen außerordentlich zugenommen. So stieg von 1883 bis 1925 die Zahl der Arbeiterinnen in der Metallindustrie um das 14fache. Eine Erhebung über die Frauenarbeit in der Metallindustrie hat nun den Nachweis einer schonungslosen Ausbeutung der Frauenarbeit gebracht. Die Akkordsätze — Akkordarbeit war in der Metallindustrie unter den Frauen verbreiteter als unter den Männern — lagen für Arbeiterinnen für die gleichen Arbeiten erheblich niedriger als die männlichen Akkordsätze. Bei den Frauenakkorden, die eine Gegenüberstellung mit den Männerakkorden zuließen, zeigte die Erhebung, daß die Akkordsätze für Frauen bei 1,7 vH der Arbeiterinnen bis 20 vH, bei 2 vH der Arbeiterinnen um 21 bis 25 vH, bei 28,3 vH der Arbeiterinnen um 26 bis 30 vH, bei 9,2 vH der Arbeiterinnen um 31 bis 35 vH, bei 15,7 vH der Arbeiterinnen um 36 bis 40 vH und bei 8,7 vH der Arbeiterinnen sogar um mehr als 40 vH unter den entsprechenden Sätzen für Männerarbeit lagen.

So beutet der Unternehmer „die Frauenarbeit rücksichtslos aus und hält die Tradition der wirtschaftlichen Unterdrückung der Frau in den modernen Betrieben mustergültig aufrecht“. Dabei war es typisch, daß Frauen nicht nur zu Beschäftigungen herangezogen wurden, die bis vor kurzem ausschließlich den männlichen Arbeitern vorbehalten waren, sondern sogar die Arbeit männlicher Facharbeiter ersetzten. Beispielsweise wurde aus einem Unternehmen gemeldet, daß an den Revolverdrehbänken nur noch Frauen beschäftigt waren, daß die Klempner auf Lötarbeit durchweg durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt wurden. Die Akkordarbeit hat aber gerade für die Frauen besonders schädliche Folgen, zumal der gesetzliche Arbeiterrinnenschutz in vielen Unternehmungen ungenügend durchgeführt wird, da es an weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten fehlt.

Im gegenwärtigen Stadium der industriellen Entwicklung ist es daher besonders notwendig, gerade die Frau zu aktiver gewerkschaftlicher Tätigkeit heranzuziehen und durch gewerkschaftliche Erziehung das Selbstbewußtsein der Arbeiterinnen, die Wertschätzung der eigenen Leistung zu heben.

Volkshochschulheim Dreißigacker bei Meiningen

Das Volkshochschulheim Dreißigacker eröffnet am 15. Januar 1932 einen Kursus für Männer im Alter von etwa 20 bis 30 Jahren, der bis zum 15. März 1932 läuft. Anmeldungen mit kurzem Lebenslauf sind möglichst umgehend an die Heimleitung des Volkshochschulheimes Dreißigacker bei Meiningen i. Thür. zu richten. Als Kursusgeld werden für den gesamten Kursus, wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gewährt werden, 40 Tagelöhne gefordert. Das Mindestschulgeld beträgt 100 M, einschließlich Kost, Wohnung, Heizung und Licht.

Arbeitslose können das Mindestschulgeld durch die Erwerbslosenunterstützung begleichen und müssen sich zu diesem Zwecke an das heimatische Arbeitsamt wenden. Dazu ist eine Bescheinigung nötig, die von der Heimleitung erhältlich ist. Im Falle von Schwierigkeiten wende man sich an die Heimleitung. Die Reisekosten werden auf die Hälfte ermäßigt. Prospekte durch die Heimleitung.

Franz Gemoll 75 Jahre

Was wenige glauben werden: Franz Gemoll ist schon 75 Jahre alt. Unser Geburtstagskind ist am 6. Dezember 1856 in Riga geboren. Er erlernte in der Heimat das Schlosserhandwerk und ging nach Beendigung der Lehre auf Wanderschaft. In Mülheim am Rhein blieb er hängen. Hier holten ihn die Preußen und als Kuli mußte er eine harte Dienstzeit abtun. Dann arbeitete er auf der Werft in Kiel. Entschlossen trat er immer für die Rechte der Mitarbeiter ein, was ihm 1897 eine dauernde Maßregelung einbrachte. Berufsarbeit gab es für ihn nicht mehr, und als Restantreuer versuchte er, ein kümmerliches Dasein zu fristen. Im Jahre 1902 schrieb die Verwaltungsstelle Brandenburg a. H. die Stelle eines ersten Geschäftsführers aus und gewählt wurde Franz Gemoll.

Auch als Politiker ist er hervorgetreten. Der Essener Parteitag sah ihn neben August Bebel und Paul Singer als Parteivorsitzenden. In Essen war er auch als der erste Sozialdemokrat in das Stadtparlament eingezogen.

Seine Verbandstätigkeit setzte er 1911 in Frankfurt am Main als Außenbeamter fort. 1913 kehrte er nach Brandenburg zurück und amtierte noch bis 1920, wo er sich dann in den wohlverdienten Ruhestand zurückzog. Wir wünschen dem Jubilargen Genesung und das Beste für sein ferneres Leben.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 13. Dezember, ist der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. Dezember 1931 fällig

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 2997 927, lautend auf den Metallarbeiter Richard Schröter, geb. am 3. Oktober 1903 in Lengfeld (Mühlhausen i. Th.).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

MAGNUS HAACK

Ministerialrat im Sächsischen Arbeits- u. Wohlfahrtsministerium
ehem. Schlichter für den Freistaat Sachsen

Geb. 20. Oktober 1869 · Gest. 24. November 1931

ist zur großen Armee eingegangen und grüßt
noch einmal herzlich alle, die ihm im Leben in
Freundschaft und Sympathie verbunden waren.

Diese Todesnachricht fanden wir in einer Dresdner Tageszeitung. Die Form dieser Anzeige hatte sich der Entschlafene selbst gewünscht und sein Ableben sollte erst nach erfolgter Einäscherung bekanntgegeben werden. Das ist ganz die Art Magnus Haack, der stets ein eigener Charakter war. Fest und entschlossen ging er seine eigenen Wege. Als Bezirksleiter unseres größten Verbandsbezirkes, dem Freistaat Sachsen, hat Magnus Haack 15 Jahre lang Bedeutendes für den Deutschen Metallarbeiter-Verband geleistet. Der Verstorbene war in Glauchau geboren; hatte den Beruf eines Drehers erlernt und war im Jahre 1891 kurz nach der Verbandsgründung in Dresden dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beigetreten. Viele Jahre wirkte er ehrenamtlich, bis er im Jahre 1903 als Bezirkssekretär in Leipzig angestellt wurde und dann nach der Sitzverlegung nach Dresden Bezirksleiter wurde. In seine Amtszeit fallen die schweren sächsischen Metallarbeiter-Aussperrungen in den Jahren 1906 und 1911, die einen planmäßigen Angriff der Unternehmer auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband darstellten. Im Jahre 1918 trat er in den Dienst des neugegründeten Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums. Langjährig übte er das Amt eines Schlichters für den Freistaat Sachsen aus. In dieser Eigenart geriet er sehr oft in scharfen Gegensatz zu seinen ehemaligen Verbandskollegen. Das hatte die Ursache in dem zähen Wesen Haack's, der das einmal von ihm als richtig Erkannte rücksichtslos bis zum Äußersten durchsetzte. Nicht immer waren seine Schiedssprüche der Lohnarbeiterschaft zum Vorteil, und so lud er sich manche berechtigte Ablehnung auf den Hals.

An seinem Grabe stehen wir in aufrichtiger Trauer. Er war ein Kämpfer und Charakter, und sein Name wird in der Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verzeichnet sein.

Hugo Heinicke †

Unerwartet ist der zweite Kassierer unserer Verwaltungsstelle in Dresden, der Kollege Hugo Heinicke, durch Schlaganfall aus dem Leben geschieden. Wenn er auch den Eindruck eines gesunden Menschen machte, so wußte seine nähere Umgebung doch, daß er dringend einer Erholung bedurfte. In der Jetztzeit glaubte Heinicke seinen Posten im Verband nicht verlassen zu dürfen. Er hat es mit dem Leben bezahlt.

Hugo Heinicke wurde am 4. Oktober 1874 in Döben bei Grimma geboren. Er lernte den Beruf des Bauschlossers und fand schon als 18jähriger im Jahre 1892 den Weg zu unserem Verband. Somit hat der Verstorbene, der nur ein Lebensalter von 57 Jahren erreichte, eine ununterbrochene Verbandszugehörigkeit von 39 Jahren zu verzeichnen. Seiner mustergültigen Verbandsstreue war seine Arbeitsfreudigkeit für den Verband gleichgestellt. Heinicke ist in der Leipziger Arbeiterbewegung groß geworden und wurde im Jahre 1912 als Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Mügeln gewählt, er kam dann nach der Verschmelzung zur Verwaltungsstelle Dresden. Heinicke hat das Vertrauen der Kollegenschaft sich in außerordentlichem Maße errungen. Vor allen Dingen war er ein gern gesehener Unterhändler, der durch seine rücksichtslose Offenheit und einen gediegenden Humor ausnehmend wirkte. Im Jahre 1924 übernahm er die Kassengeschäfte, die er mit der größten Gewissenhaftigkeit ausführte. Die sächsische Metallarbeiterschaft steht trauernd an der Bahre dieses ehrlichen Kollegen. Sein Andenken wird lebendig erhalten bleiben, denn er war zu Lebenszeiten für alle ein Vorbild.

Wanderer, Jugendherbergs-Freunde, aufgepaßt!

Denkt daran, daß mit Jahreschluß eure DJH-Mitgliedskarten, Bleibenausweise und Führerausweise ungültig werden! Erneuert sie rechtzeitig, möglichst schon in diesem Jahre. Wartet nicht, bis ihr eure Fahrt antreten wollt! Dann habt ihr keinerlei Schwierigkeiten.

Zum 1. Februar 1932 erscheint ein neues Reichs-Herbergsverzeichnis. Bestellt es euch frühzeitig, damit ihr eure Fahrten in Ruhe vorbereiten könnt!

Solltet ihr noch nicht dem Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen als Mitglieder angehören, dann holt das schnell nach. Jugendliche können die Mitgliedschaft zum halben Beitragssatz erwerben.

Eine Proletarierstadt in Paris

Paris ist nicht, wie meist in Deutschland angenommen wird, eine Stadt der Vergnügungen und des Lasters. Paris ist vor allem eine Stadt der Arbeit. Wir, die wir aus Berlin, aus der Stadt der herumirrenden Arbeitslosen, des verelendeten Großstadtproletariats, nach Paris kommen, sind unwillkürlich neidvoll. Denn aus jeder Kleinigkeit — aus der Fülle der Verkehrsmittel um die Geschäftsschlussstunden, aus den vollbesetzten Arbeiterrestaurants, aus den zufriedenen Gesichtern sehen wir es: Hier hat der Proletarier noch sein Auskommen, kennt noch keine Not.

Und doch: Paris ist nicht Frankreich. Denn in den Industrie- und Bergbaugebieten Frankreichs wird nur noch vier Tage in der Woche gearbeitet. Aber in Paris bemerkt man noch nichts davon, möchte fast nicht daran glauben. Und vor allem: Es gibt in Paris eine Arbeiterkolonie, deren Mitglieder nicht Franzosen sind und die ebenfalls noch keine Arbeitslosigkeit kennen. Italiener, Spanier, Polen, Araber. Vor den Toren von Paris, in der sogenannten Zone, haben sie eine richtige kleine Stadt erbaut.

Die Zone ist der ehemalige Festungsgürtel von Paris. Sie zieht sich um die ganze Stadt. Bis vor dem Krieg mußten aus Verteidigungsgründen etwa 1 1/2 Kilometer breit vor den Toren der Stadt unbebaut bleiben. Gleich nach dem Krieg aber, als man sich darüber klar geworden war, daß durch die veränderte Kriegstechnik dieser Freilandstreifen keinen Sinn mehr besaß, beschloß man, ihn zur Bebauung freizugeben. Eine merkwürdige Stadt ist hier entstanden. Eine Barackenstadt.

Der Not gehorchend, haben vor den Toren Berlins unsere Arbeitslosen Zelt- und Barackenstädte errichtet; bei Spandau haben sie sich sogar in die Erde eingebuddelt, um ein Obdach zu finden.

Und hier, in Paris, leben Leute ohne wirtschaftliche Not — das heißt ohne den furchtbaren Druck der Arbeitslosigkeit — unter ganz ähnlichen Verhältnissen. Die ersten, die sich hier ansiedelten, waren spanische Zigeuner. Sie stellten ihre Wagen auf, bauten die Räder ab, wollten hier sesshaft werden. Neben dem „Haus“ rodeten sie ein Stückchen Land, das ihnen als Garten zum Anbau von Gemüse, zum Spielen der Kinder dienen sollte. Sie erzählten ihren Landsleuten von ihrer Idylle. Die besahen sich die Gegend, fanden sie ebenfalls angenehm. Aus Latten und Lumpen bauten sie ein- bis zweistöckige Buden, jede inmitten eines winzigen Stückchens Garten, zogen mit ihren Kindern herein. Immer neue Massen ausländischen Proletariats, von den Aufräumungsarbeiten auf den Schlachtfeldern zurückkehrend, zogen durch Paris. Auch ihnen gefiel die Siedlung; auch sie ließen sich hier nieder. Die Zone wies bald ganze Kolonien auf. Jede Nationalität wohnte streng getrennt von der anderen.

Von der Untergrundbahnstation Porte de Clignancourt bis zur Porte de St. Ouen wohnen Spanier und Italiener. Von dem großen Boulevard aus sieht man, nachdem man ein paar Schritte gegangen ist, die merkwürdigen kleinen Gassen, die Verbindungsstraßen der Zone mit Paris. Dicht nebeneinander stehen zweistöckige Lattenhäuser. In jedem von ihnen befindet sich ein Laden, eine Werkstatt. Männer flicken Schuhe oder Kleider; Frauen waschen, plätten. Alles bei weit geöffneten Türen, fast wie im Süden. Im Hinterraum scheinen Stallungen zu sein. Man hört das Gurren von allem möglichen Getier.

In jedem zweiten Haus ist eine Kneipe. Der Wind pfeift durch die Latten, die mit Holzwole und Papier gedichtet sind. Die Fenster sind kaum so groß, daß man den Kopf hindurchstecken könnte. Meist sind die Scheiben entzwei, man hat — Oktober ist noch Sommer in Paris — Mull vorgespannt. Und der Schmutz! Unsagbar. Das ist die Haupt- und Geschäftsstraße der italienischen Kolonie.

Von ihr ab zweigen sich kleine Gäßchen mit den eigentlichen Wohnhäusern. „Avenue des peuples“ (Straße der Völker) steht mit verwischter Schrift auf einem schmalen Holzbrett, das sich nur mit Mühe und großer Geduld eines einzigen Nagels an seinem Pfahl behauptet. Das ist eine der Gassen. Kein Wort französisch hört man hier mehr. Einstöckige, halb verfallene Lehm- und Lattenkaten. Fensterlos, schmutzstarrend. Möbel scheint es kaum zu geben. Die Strohsäcke liegen zum Sonnen über den Gartenzäunen. In den „Gärten“, die eigentlich nur aus schwarzen Pfützen bestehen, spielen die Kinder im Schlamm. Grauenhaft sehen diese Lumpenbuden aus. Man verdammt eine kapitalistische Gesellschaft, die Menschen dazu zwingt, so zu hausen.

Aber es ist nicht so, wie es scheint. Im Gegenteil. Alle, die hier wohnen, tun es freiwillig. Sie fühlen sich hier mehr daheim; es weht frischere Luft, als drinnen in den Mietskasernen der Großstadt. Die Männer haben Arbeit. Teils auf den Bauten, teils in Fabriken. Manche handeln mit allen möglichen Dingen in den Straßen von Paris. Die Frauen besorgen die Wirtschaft, hüten die Kinder, kurzum, trotz Dreck und Lumpen ein verhältnismäßig sorgloses Dasein. Mittags sitzen sie alle gemeinsam im Sonnenschein vor den Häusern auf der Erde, verzehren ihr „lapin“ (Kaninchen), ihren Reis oder Spaghettis mit Schinken. Die Kinder holen schnell noch ein „Phantasiebrot“, das oft über einen Meter lang ist. Sie sind viel zu klein, um es richtig tragen zu können. So schleifen sie es hinter sich her durch die Pfützen. Die Mutter wischt mit dem Schürzenzipfel den Schlamm ab, dann isst man es, ohne viel zu fragen, ob vielleicht Bazillen daran kleben könnten. Nach dem Essen verschwindet der Ernährer schleunigst, um wieder pünktlich an seine Arbeitsstelle zu kommen. Die Bauarbeiter verdienen 7 Franken (1,17 M) die Stunde bei neunstündiger Arbeitszeit. Das ist der Durchschnittsverdienst. Keiner dieser Leute hat in den letzten fünf bis sechs Jahren mehr als ein paar Wochen feiern müssen.

Paris ist nicht Frankreich, gewiß. Aber wenn Paris selbst den ausländischen Arbeitern noch Arbeit zu geben vermag, so wird es im übrigen Frankreich wohl auch noch nicht sehr schlimm bestellt sein. Denn die Franzosen sind rücksichtslos: Zeigt sich eine Verminder-

Gegen die Blutherrschaft der Nazis

Als furchtbare Mahnung an alle Arbeiter in Deutschland ist das Programm anzusehen, das der Gerichtsassessor Dr. Rest, Amtsanwalt in Afzey und nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter für Hessen, verfaßt hat für den Zeitpunkt der gewaltsamen Übernahme der politischen Macht durch die nationalsozialistische Partei und deren SA-Kolonnen. Dr. Schäfer, seitheriger Wirtschaftsreferent und Kreisführer der Nationalsozialisten in Offenbach, Landtagsabgeordneter für Hessen, unterbreitete wichtige Bürgerkriegsbelege der Nazis dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M., und der Preußische Minister des Innern übergab sie dann dem Oberreichsanwalt und zugleich der Öffentlichkeit. Die Verfasser rechnen vorausschauend mit dem plötzlichen Verschwinden der gegenwärtigen Staatsbehörden, und deshalb stellen sie den Nazis u. a. folgende vorsorgliche Maßnahmen bei ihrer Machtergreifung in Aussicht:

1. Die ordnende Macht steht allein bei den SA. und Landeswehren. Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht zur Rettung des Volkes die verwaiste Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben.
2. Die Befehlshaber der SA. und Landeswehren befehlen, daß jeder Anordnung der SA. und Landeswehren sofort Folge zu leisten ist. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft.
3. Jede Schußwaffe ist binnen 24 Stunden an die SA. abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitze einer Schußwaffe betroffen wird, wird als Feind der SA. und des Deutschen Volkes ohne Verfahren auf der Stelle erschossen.
4. Jeder im Dienste öffentlicher Behörden oder öffentlicher Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft.
5. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der SA. und der Landeswehren und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten. Als Strafe wird Einziehung des gesamten Vermögens und daneben Freiheits- und Todesstrafen in Aussicht gestellt.
6. Die Bürgermeistereien haben Kollektivspeisungen einzurichten und die Ausgabe der Lebensmittelkarten vorzubereiten.
7. Die Führung der SA. und Landeswehren ist gezwungen, zur Rettung des Lebens der Bevölkerung über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren lebensnotwendigen Gegenständen, d. h. über den gesamten Ertrag des Volksvermögens und damit des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Es gibt bis zu anderweitiger Regelung kein Privateinkommen mehr.
8. Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verstößen gegen den „Befehl an die Bevölkerung“ und gegen die Notverordnungen, um den Anschein der Willkür zu vermeiden. Vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren soll in Anlehnung an die Strafprozeßordnung durch den Einzelrichter, wenn Todesstrafe in Frage steht, durch drei Richter erfolgen.
9. Jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet. Art, Maß und Organisation der Pflichtarbeit wird nach dem örtlichen Bedürfnis geregelt.

Kaum hatte die Öffentlichkeit davon Kenntnis genommen, bemühte sich die gesamte Rechtsprelle, die Reichsleitung der Nazis in München und bezeichnenderweise auch der Oberreichsanwalt, die völlige Harmlosigkeit dieses Hochverratsmaterials zu beweisen. Letzterer stützte sich insbesondere darauf, daß in dieser Anweisung für die künftige SA.-Diktatur steht, daß erst „nach Überwindung der Kommune“ nach obigen Richtlinien verfahren werden soll. Im vorliegenden Falle hat man trotz der Echtheit der Boxheimer Beweisstücke von Verhaftungen abgesehen. Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat sich der Oberreichsanwalt entschlossen, die Er-

öffnung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu beantragen.

Es hätte dieser erneuten Demaskierung des deutschen Faschismus wirklich nicht bedurft, denn die Bluthetze der Nazis hat in zahlreichen Orten Deutschlands genügend Opfer gefordert. Daß die Fememörder, die mit Hilfe der kommunistischen Reichstagsfraktion befreit wurden, als Führer von SA.-Kolonnen sich betätigen, beweist hinreichend die menschenföndlichen Absichten der Nazis. Unvergessen sind ferner die Hinweise Hitlers vom „Köpferollen“ und die zahlreichen Reden des Nazi-Ministers Frick, der in Frankfurt a. d. O. am 30. Oktober d. J. unter dem rasenden Beifall der sogenannten „rauen Krieger“ erklärte, daß 24 Stunden nach ihrer Machtergreifung der Marxismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde, wobei natürlich einige Zehntausende von marxistischen Führern zu Schaden kommen würden. Auch hier fanden sich bisher weder Richter noch Gerichte, die gegen diese Mordhetze eingeschritten wären. Die fortgesetzten Legaltätseide der Hitler, Frick und Göring haben doch nur Wert für politisch Unmündige, die sich freilich, allem Anschein nach, bis in die höchsten Stellen der Justiz, der Verwaltung und der politischen Führung finden. Die Vertrauenswürdigkeit in die Nazi-Leitung, die von der Eroberung der politischen Macht auf legalem Wege redet, aber nicht verhindern kann oder nicht verhindern will, daß ihre Unterführer illegale Diktaturmaßnahmen bis ins einzelne vorbereiten, wird erneut offenbart in dem Putschplan. Die Sturmkolonnen der SA. lechzen geradezu nach der von ihnen erwarteten Schreckensherrschaft, die Deutschland angeblich befreien soll.

Mit Arbeitspflicht, Hungersnot, Feldgerichten und Massenerschießungen wollen sie das dritte Reich aufrichten. Das bedeutet für das gesamte deutsche Volk mörderischen Bürgerkrieg, ein furchtbares Blutbad und schließlich Auflösung des Reiches.

Glauben die Naziführer mit ihrem Anhang wirklich, daß Millionen deutscher Republikaner sich diesen grauenhaften Zuchthausstaat so ohne jede Gegenwehr aufzwingen lassen?

Deutschland ist nicht Italien!

Das Boxheimer Dokument ist ein neues Beweisstück für die Putschpläne der SA. Niemand hätte solcher Plan entwickelt werden können, wenn die deutsche Arbeiterklasse seit 1918 sich nicht im politischen Meinungskampf gegenseitig geschwächt hätte.

Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Gewerkschaften aller Richtungen stehen in geschlossener Front zusammen gegen alle Putschisten von rechts und links. Wer den Bürgerkrieg ablehnt und auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung eine Gesundung der Verhältnisse in Wirtschaft und Staat erstrebt, der muß unverzüglich sich diesem stärksten republikanischen Block anschließen, denn nur an dem Widerstand dieses republikanischen Blocks, wenn er entschlossen ist, seine ganze Kraft einzusetzen, können alle Pläne der Putschisten zerschellen. Der vorzeitig enthüllte Diktaturplan muß zum Signal stärkster Kampfbereitschaft, zum Auftakt breitester Aufklärungsarbeit werden.

Schließen sich die Millionen Männer, die in den Gewerkschaften organisiert sind, darüber hinaus

Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in dem freiwilligen Schutzbund der Deutschen Republik

zusammen, dann werden Pläne wie die von Boxheim und die der Harzburger Front bald der Vergangenheit angehören.

Es ist aber ein auf die Dauer unmöglicher und politisch unerträglicher Zustand, daß die Schutzorganisationen der deutschen Republik von der Justiz und den Behörden unter das Ausnahmerecht der Notverordnungen gestellt werden, die nur für die Feinde der Republik erlassen sein sollten.

Stärkt den Abwehrwillen! Setzt der Front aller Staatsfeinde die eiserne Front der geeinten Arbeiterklasse, die sich auf gegenseitige Achtung und Vertrauen stützt, entgegen.

zung des Konsums und ist in irgendeinem Gewerbe Überproduktion vorhanden, so werden sofort die überzähligen, ausländischen Arbeiter zugunsten der einheimischen Arbeiterschaft entlassen und abgeschoben. Vorläufig aber wächst, vergrößert sich die Zone noch. Führt innerhalb der Großstadt Paris ihr eigenes schmutziges, beschauliches Dasein, als eine eigene kleine Stadt fremder Proletarier.

Sowjetrußland

Russische Lebensmittelpreise

Der Propagandaapparat der 3. Internationale verbreitet in der ganzen Welt die Mär, daß es dem russischen Arbeiter mindestens nicht schlechter geht, als den Industriearbeitern in andern Ländern. Da es in Rußland keine Arbeitslosigkeit gebe, wäre allen Arbeitern und Angestellten in Rußland ein angemessener Lebensstandard gesichert. Es kommt jedoch nicht auf die Höhe der ausgezahlten Verdienste an, sondern darauf, welche Mengen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen sich jemand für die erhaltene Lohnsumme zu kaufen vermag. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der russischen Industriearbeiter beträgt 1046 Rubel. Das sind etwa 84 Rubel je Monat. Der russische Arbeiter und Angestellte hat die Möglichkeit, aus den staatlichen Genossenschaftsläden die lebensnotwendigen Produkte zu beziehen. Diese sind aber nach den Aussagen vieler Rußlandreisender keineswegs ausreichend, um Bedürfnisse zu befriedigen, die über die Wünsche eines reinen Kulidaseins hinausgehen. In dem Reisebericht des Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“ Günter Stein in Nr. 563 wird uns Lehrreiches mitgeteilt. Wir sind auf die Berichte dieser bürgerlichen Vertreter angewiesen, da Reisenden, die im Verdacht stehen, Angehörige der Sozialdemokratischen Partei zu sein, der Aufenthalt in Rußland verweigert wird. Für uns ist es Hauptsache, daß solche nüchternen Tatsachenberichte durchaus objektiv sind. Diese Gewißheit ist beim „Berliner Tageblatt“ durchaus gegeben. Wir erhalten wahrheitsgetreue Berichte, als die tendenziös aufgemachten Begeisterungsbrüche der Festpöler, die zu den großen Schauparaden als Statisten nach Rußland geschleppt werden und dann mit Begeisterung gegen die Sozialdemokraten kämpfen sollen. Wie es mit den Preisen aussieht, die für die in den sogenannten freien Läden Rußlands feilgebotenen Waren festgesetzt sind, davon legt nachstehende Zusammenstellung Zeugnis ab:

1 kg Reis	2,75 Rubel	100 g Schokolade 3bis6—	Rubel
1 kg Rindfleisch	6—	1 kg Heringe	3—
1 Liter Milch	2—	1 Paar Schuhe	17—
1 kg Butter	18—	1 Paar Schuhe	64—
1 kg Zucker	2,50	1 Wolljumper	75—
1 kg Schinken	22—	1 Wattemantel	375—

Zu beachten ist, daß der Rubel in Rußland offiziell mit 2,16 deutscher Reichsmark berechnet wird, während in Deutschland

dieser Rubel um 30 bis 40 Pfennige in Massen zu haben ist, aber nicht wieder nach Rußland eingeführt werden darf. Die in Rußland geforderten Preise sind in keinem andern Lande der Welt möglich. Selbst wenn man annimmt, daß sie nur für die sogenannten Deklarieren gelten, so sind doch auch viele Arbeiter und Angestellte gezwungen, derartige Preise anzulegen, wenn sie sich einmal etwas extra leisten wollen. Jedenfalls steht fest, daß ein russischer Arbeiter einen ganzen Monat arbeiten muß, wenn er sich ein Paar Schuhe oder einen Wolljumper in den freien Läden kaufen muß. Aber selbst in den staatlichen Genossenschaftsläden kosten ein Paar Stiefel 22,65 Rubel, und erfordert deren Anschaffung somit mehr als ein Viertel des Monatseinkommens. Die Resultate bolschewistischer Wirtschaftsführung sind nicht so verlockend, daß sie zur Nachahmung empfohlen werden können. Ein westeuropäischer Arbeiter würde ein solches Sklavendasein entschieden ablehnen. Sie stellen sich das Leben in einer sozialistischen Wirtschaft wesentlich anders vor.

Unzufriedene amerikanische Arbeiter

Die Sa Industrialisazi (v. 30. Okt. 1931) veröffentlicht einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß sogar die bisher stets bevorzugten amerikanischen Arbeiter in Rußland unzufrieden sind. Der Bericht behandelt die Lage der amerikanischen Arbeiter im Kusnetzki-Kohlenbecken (Sibirien). Vor etwa drei Monaten trafen in Leninsk (Kusnetzki-Kohlenbecken) die ersten amerikanischen Bergarbeiter mit ihren Familien ein. Gegenwärtig sind es bereits 100 amerikanische Bergarbeiter, die dort beschäftigt werden, weitere 200 werden demnächst erwartet.

Die Überfahrt nach Leningrad haben die Amerikaner selbst bezahlt. Sie haben sich verpflichtet, ein Jahr im Kusnetzki-Kohlenbecken zu arbeiten. Der Bericht stellt indessen fest, daß bereits Ende September zahlreiche amerikanische Bergarbeiter Entlassungsgesuche eingereicht haben. Die Amerikaner weisen darauf hin, daß sie nicht mit Nutzen arbeiten können, daß die Leiter der Schächte sie in keiner Weise berücksichtigen, auf die Ratschläge der Amerikaner nicht hören. Die Amerikaner sind mehrfach gezwungen gewesen, 18 Stunden täglich zu arbeiten, da die russischen Arbeitskräfte die immer wieder auftretenden Maschinendefekte nicht beseitigen konnten. Verschiedentlich werden die Amerikaner beschuldigt, die vorgesehenen Leistungsnormen nicht erfüllt zu haben, ein Umstand, den sie wiederum auf die Tatsache zurückführen, daß die vorhandenen Maschinen und sonstigen Anlagen völlig ungeeignet und durch nicht sachgemäße Bedienung stark abgenutzt sind. Drei Monate nach ihrem Eintreffen im Kusnetzki-Kohlenbecken wußten die Amerikaner noch immer nicht, wie hoch ihre Löhne sind, ob und wann sie Wohnungen erhalten usw. Der Bericht stellt fest, daß die Amerikaner unter Bedingungen arbeiten mußten, die schlechter waren als die, unter denen nicht-qualifizierte sibirische Bauern in den Schächten des Kusnetzki-Kohlenbeckens arbeiten. Die Löhne werden den Amerikanern überdies zumeist in Raten und mit größter Verspätung ausbezahlt.

